

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

17. WP - 23. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. März 2011, 10 Uhr,
Informationsreise nach Flensburg und Schleswig

Anwesende Abgeordnete

Susanne Herold (CDU)

Vorsitzende

Daniel Günther (CDU)

Marion Herdan (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Martin Habersaat (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Cornelia Conrad (FDP)

Kirstin Funke (FDP)

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ellen Streitbürger (DIE LINKE)

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Abgeordnete

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)

Silke Hinrichsen (SSW)

Entschuldigte Abgeordnete

Heike Franzen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Informationsreise des Bildungsausschusses nach Flensburg und Schleswig

Besuch der Waldschule – Grundschule der Stadt Flensburg und Gespräch mit Schulleiter Volker Masuhr

Besuch der Universität Flensburg und Gespräch mit Präsidentin Prof. Dr. Waltraud Wende

hierzu: Bericht der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen,
Umdruck 17/1896

Besuch des Landesarchivs und Gespräch mit Leiter Prof. Dr. Rainer Hering und VKA-Vorsitzender Jutta Briel

Das Schleswig-Holsteinische Archivwesen
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion des SSW
Drucksache 17/616

hierzu: Umdrucke 17/1760 und 17/1893

Die Vorsitzende, Abg. Herold, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Besuch der Waldschule – Grundschule der Stadt Flensburg

Herr Masuhr, Schulleiter der Waldschule, die mit ihrem Konzept einer inklusiven Schule im Dezember 2010 mit dem Jakob Muth-Preis geehrt wurde, berichtet, die Spreizung der Schülerschaft sei enorm. Inklusion bedeute anzunehmen, dass es normal sei, verschieden zu sein. Um Über- und Unterforderung zu vermeiden, kümmere man sich um jedes einzelne Kind. Durch die tatsächliche Individualisierung seien die Verhaltensprobleme deutlich zurückgegangen. Die Kinder arbeiteten extrem selbstständig in heterogenen Lerngruppen und lernten den Umgang mit den neuen Medien. Die gelebte Partizipation der Kinder und Eltern schaffe Identifikation. Die altersgemischte Eingangsphase sei eine große Chance, denn die Orientierung an der Mitte sei eine Illusion. 50 % der Viertklässler wechselten auf ein Gymnasium; bei den Vergleichsarbeiten erziele man überdurchschnittliche Ergebnisse.

Die Erfahrung zeige, dass 80 % aller Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Regelschule beschult werden könnten, bei 20 % sei eine inklusive Beschulung schwierig, insbesondere bei Verhaltensauffälligkeiten. Sonderpädagogen seien mit fünf Wochenstunden pro Klasse tätig. Für den Veränderungsprozess der Schule seien die Schulleitung, Fortbildung mit Blick über den Tellerrand sowie Vorgaben und Orientierung entscheidend.

Besuch der Universität Flensburg

hierzu: Bericht der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen,
Umdruck 17/1896

Prof. Dr. Wende, Präsidentin der Universität Flensburg, legt dar, die Universität sei schon immer prinzipiell chronisch unterfinanziert gewesen wegen des defizitären Mittelbaus aufgrund der PH-Tradition und der Unterausstattung in der Verwaltung, wegen der Finanzschwäche des Landes und der Unentschiedenheit der Landesregierungen. Die Universität mit ihren 60 Professorinnen und Professoren habe in erheblichem Umfang Drittmittel eingeworben. Prof. Dr. Hohmeyer sei Mitglied im Weltklimarat, Prof. Dr. Pauls Bücher stünden auf der Bestenliste des „Spiegel“, Prof. Dr. Heindls Projekt der Verbraucherbildung werde deutschlandweit nachgefragt.

Die von der Haushaltsstrukturkommission geforderte Schließung der wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge würde zu keinerlei Haushaltsentlastungen führen, weil die Professuren erst in den Jahren 2019 bis 2030 frei würden, und hätte zur Folge, dass die Universität kaum noch Möglichkeiten hätte, sich selbst aus der schwierigen Situation am eigenen Schopf herauszuziehen, und ein erheblicher Reputationsverlust für die gesamte Region entstünde. Die Qualitätssteigerung der Universität könne man ohne zusätzliche Gelder des Landes durch Akquirierung weiterer Drittmittel realisieren. So sei es in den letzten Monaten gelungen, 1,5 Millionen € von der Wuppertaler Jackstädt-Stiftung einzuwerben. Man wolle gemeinsam mit der Fachhochschule ein Kompetenzzentrum für Unternehmertum und Mittelstand aufbauen, um den Mehrwert für die Region zu unterstreichen. Synergieeffekte sollten durch die Kooperation mit den schleswig-holsteinischen Fachhochschulen und der Syddansk Universitet erzeugt werden. Geplant sei eine Honorarprofessur von Prof. Dr. Harald Welzer zum Thema Nachhaltigkeit. Für die Gründung des Zentrums für Bildungsforschung habe man drei Berufungen in der Pipeline.

Prof. Dr. Wende begrüßt das Gutachten der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen und hält es für entscheidend, einen identifikatorischen Kern, eine Marke Universität Flensburg herauszuarbeiten, die die Fokussierung auf die Lehrerbildung und den Erhalt der Wirtschaftswissenschaften bedeute und die Internationalisierung bei gleichzeitig starker regionaler Einbindung vorantreibe (binationale Studiengänge, Auslandspraktika für möglichst alle Studierenden, „Theorie reflektiert Praxis, Praxis erprobt Theorie“, weiterer Ausbau der Schulpraktika in enger Kooperation mit dem IQSH unter Verantwortung der Universität). Die Studieninhalte Nachhaltigkeit, Medienpädagogik, Heterogenität, Interkulturalität und die Ver-

mittlung von Softskills ermöglichten eine bessere Verzahnung der Wirtschaftswissenschaften mit den Bildungswissenschaften.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet sie, nach dem polyvalent angelegten Lehramtsstudium würden 90 % der Studierenden Lehrer, 10 % nutzten ihre Qualifikation für andere Berufe. Sie könne sich vorstellen, in einem Teilbereich Lehrkräfte für die Sekundarstufe II auszubilden.

Abschließend appelliert sie noch einmal an die Landespolitik, die Bemühungen der Universität Flensburg nicht durch eine Mittelkürzung von 1,6 Millionen € zu konterkarieren.

Besuch des Landesarchivs

Das Schleswig-Holsteinische Archivwesen

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion des SSW
Drucksache 17/616

hierzu: Umdrucke 17/1760 und 17/1893

Prof. Dr. Hering, Leiter des Landesarchivs Schleswig-Holstein, stellt die Arbeit des Landesarchivs vor: Sicherung der rechtlichen und kulturellen Überlieferung des Landes (36 km Schriftgut zur Landesgeschichte), Beratung der Landesbehörden (zum Beispiel bei elektronischen Speichersystemen), Garantieren der Rechtssicherheit (20 km Grundbücher). Jedes Jahr komme knapp 1 km hinzu, das seien 3 bis 4 % dessen, was in der Verwaltung produziert werde. Wenn das Landesarchiv, das bereits 30 % Personal abgebaut habe, von gegenwärtig 35 Beschäftigten bis zum Jahr 2015 weitere sechs Stellen einsparen solle, werde man als kleine Einheit, die mit Spezialisten arbeite, handlungsunfähig, zumal die Bestände kontinuierlich wüchsen. Rechtlich wichtige Anfragen könnte man nicht mehr bearbeiten, Rückstände nicht schließen, durchgängige Öffnungszeiten des Lesesaals nicht mehr aufrechterhalten.

Auf Fragen aus dem Ausschuss erläutert er, eine systematische Digitalisierung der Bestände wie in anderen Bundesländern sei nur mit entsprechenden personellen Ressourcen möglich. Auch die Archivierung im nichtstaatlichen Bereich, etwa von Wirtschafts- und Unternehmensdaten, scheitere an fehlenden personellen Ressourcen. Das Landesarchiv Schleswig-Holstein könne die ihm zugewiesenen Aufgaben mit dem jetzigen Personal nicht mehr adäquat erfüllen und sei im Bundesvergleich abgehängt.

Frau Biel, Vorsitzende des Verbands schleswig-holsteinischer Kommunalarchivarinnen und -archivare, teilt mit, ein Drittel der schleswig-holsteinischen Kommunen hätten weder ein Archiv noch eine archivarische Lösung, rund ein Viertel der Archive würden ehrenamtlich geführt, und zwei Drittel der kommunalen Archive erfüllten die gesetzlichen Standards nicht, obwohl die Archivierung nach dem Landesarchivgesetz eine Pflichtaufgabe für alle Kommunen sei. Auch das Land müsse seine Verantwortung wahrnehmen. Der Verband der Archivare empfehle die Schaffung lokaler Archivzentren in Gestalt der Kreisarchive.

Auf weitere Fragen erwidert Prof. Dr. Hering, eine fehlende oder mangelhafte Archivierung führe zu Arbeitszeitverlusten für die Suche in Höhe von 7 bis 10 % der Dienstzeit und damit letztlich zu vermeidbaren Kosten. In der Kosten-Nutzen-Relation rechne sich ein Archiv im-

mer. Die Einführung von Gebühren wäre kontraproduktiv, weil sie eine abschreckende Wirkung hätten und zu Einnahmen führten, deren Größenordnung kaum relevant sei.

Abschließend appelliert er noch einmal an die Politik, Land und Kommunen personell und technisch in die Lage zu versetzen, das Archivgesetz adäquat umzusetzen und fachlich qualifizierte Archive vorzuhalten, die den ihnen zugewiesenen Aufgaben auf dem Niveau anderer bundesdeutscher staatlicher Archive nachkommen könnten. Eine schlanke Verwaltung brauche fette Archive.

Der Bildungsausschuss nimmt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage des SSW Drucksache 17/616 abschließend zur Kenntnis.

Die Vorsitzende, Abg. Herold, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Susanne Herold

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer